

Presseinformation

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist Redebeginn

Nr. 281 / 2014

Kiel, Freitag, 20. Juni 2014

Gesundheit / UKSH

Dr. Heiner Garg: Wir wollen das UKSH als echten Leistungsträger im Bereich der Spitzenmedizin

In seiner Rede zu TOP 27 (Übernahme der Schulden des UKSH) erklärt der Parlamentarische Geschäftsführer und gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Wir wissen es alle: Die finanzielle Situation des UKSH ist dramatisch. Mittlerweile sind beim Uniklinikum Verbindlichkeiten in Höhe von 250 bis 300 Millionen Euro aufgelaufen. Diese schwierige wirtschaftliche Lage betrifft aber nicht nur das UKSH, es betrifft die Universitätsklinika in Deutschland insgesamt. So mussten deutsche Universitätsklinika nach vorläufigen Jahresabschlusszahlen jetzt ein Defizit von 161 Millionen Euro verkraften – will heißen: Die deutsche Hochschulmedizin ist chronisch unterfinanziert.

Es gibt allgemeine Probleme der Klinikfinanzierung, die alle Kliniken betreffen. Das sind zum Beispiel steigende Ausgaben für Personal, Arzneimittel sowie Energie – ebenso wie eine seit langem nicht auskömmliche Investitionsfinanzierung durch die Länder.

Universitätsklinika übernehmen aber eine ganze Reihe von Sonderaufgaben, die nicht in der Vergütung abgebildet sind. So erfüllen sie Aufgaben im Gesundheitssystem überproportional oder sogar exklusiv. Dazu zählen zum Beispiel Hochschulambulanzen. Aber auch im Rahmen des Aufgabenverbundes von Krankenversorgung, Forschung und Lehre ermöglichen sie unter anderem die Überführung medizinischer Innovationen etwa bei Diagnostik und Therapie in die allgemeine Krankenversorgung.

Im Gegensatz zu Ländern wie den USA, den Niederlanden oder Großbritannien bleibt die Sonderrolle der Universitätsklinika bei der Finanzierung im deutschen Gesundheitssystem bislang unberück-

sichtigt. Dies hat auch zu der bedrohlichen wirtschaftlichen Situation des UKSH beigetragen.

Deshalb ist die Herangehensweise im anstehenden Sanierungsprozess – wie ihn Finanzministerin Heinold gegenüber den KN vom 19.06.2014 skizziert hat – vielversprechender als die rein betriebswirtschaftliche Sichtweise des CDU-Antrages.

Dass die Finanzministerin hierbei ausdrücklich die Initiative der FDP-Fraktion nach Prüfung der Übernahme der aufgelaufenen Verbindlichkeiten des UKSH nicht nur aufgreift, sondern bereits deren Umsetzung ankündigt, freut mich! So, wie Sie die FDP-Initiative aufgreifen, unterstützt meine Fraktion Sie, Frau Heinold, damit die Sanierung des UKSH erfolgreich gestaltet werden kann.

Hinzu kommt, dass sich der bundespolitische Rahmen ändern muss. Das betrifft zum einen die Landesbasisfallwerte, zum anderen die finanzielle Abbildung der Sonderrolle der Uniklinika. Darüber hinaus muss der umfangreiche Bausanierungsplan zügige Umsetzung finden – das ist eine zentrale Voraussetzung zur Prozessoptimierung am UKSH.

Dass die Übernahme der Schulden bzw. aufgelaufenen Verbindlichkeiten durch das Land an konkrete Bedingungen geknüpft werden muss, ist – so glaube ich – selbstverständlich.

Ich bin allerdings der Auffassung, dass neben klar formulierten betriebswirtschaftlichen Zielen bzw. Voraussetzungen auch klare Versorgungspolitische Ziele bzw. Bedingungen formuliert werden müssen. Denn gerade diese Ziele rechtfertigen ein staatliches Eingreifen – und rechtfertigen Steuermittel für diese herausragende gesundheitspolitische Aufgabe in die Hand zu nehmen.

Wir, dieser Landtag und die Landesregierung, haben es in der Hand, wie sich das UKSH im Sanierungsprozess entwickelt und welche Rolle es nach Abschluss des Sanierungsprozesses als Maximalversorger in Schleswig-Holstein mit seinen beiden Standorten in Lübeck und Kiel einnimmt.

Lassen Sie es mich klipp und klar formulieren: Die FDP-Fraktion will keinen Maximal-Versorger, der maximal viele Hüften legt und maximal viele Kniegelenke operiert. Was wir wollen und wofür wir die Voraussetzung schaffen möchten, ist: das UKSH als echten Leistungsträger im Bereich der Spitzenmedizin zu etablieren.

Klar ist aber auch: Forschungsnahe Diagnostik und Therapie auf Spitzenniveau hat ihren Preis. Das Vorhalten einer umfassenden Notfallversorgung, Diagnostik und Therapie seltener Erkrankungen verursachen hohe Kosten. Hochqualifiziertes Personal, das genau diese Aufgaben zu erfüllen in der Lage ist und dabei rund um die Uhr einsatzbereit ist, gibt es nicht zum Nulltarif.

Leider wurde das Personal im UKSH in der Vergangenheit zu oft enttäuscht. Auch hier muss die Politik ihren Beitrag leisten – daher auch unsere Forderung – dafür Sorge zu tragen, dass die unbestritten zur Sanierung erforderlich zu erzielenden Renditen nicht zum Preis fortlaufender Arbeitsverdichtung – gerade auch im Bereich der Pflege – erfolgt!

Wir wollen mit unserem Antrag ein klares Signal aussenden weil wir uns zu einem ‚echten‘ Universitätsklinikum eindeutig bekennen. Deshalb werben wir um Unterstützung für unseren Antrag.“